

Beschluss

SOZIALDEMOKRATISCHE INNENPOLITIK: DEMOKRATISCH. FREI. SICHER.

SPD-Parteivorstand
27. Oktober 2020

SOZIALDEMOKRATISCHE INNENPOLITIK: DEMOKRATISCH. FREI. SICHER.

Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt mit einer freiheitlichen und sozialen Demokratie und einem starken Rechtsstaat. Die SPD will, dass alle in Deutschland lebenden Menschen sich hier sicher fühlen. Sicherheit bedeutet für uns soziale Sicherheit und Schutz vor Gefahren, Gewalt und Übergriffen. Nur wo Menschen sich frei entfalten können, fühlen sie sich sicher. Freiheit und Sicherheit bedingen einander. Zu intensive Sicherheitsmaßnahmen können schnell Freiheit und Bürgerrechte zu stark einschränken. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich die Menschen als Teil einer funktionierenden Demokratie fühlen und in der sie in Freiheit leben können. Sie sollen darauf stolz sein, auch auf die damit verbundenen Rechte und Pflichten. In unserer Demokratie wollen wir in Freiheit leben. Wir sorgen dafür, dass es gerecht zugeht. Es muss selbstverständlich werden, dass die Menschen solidarisch miteinander umgehen. Dafür brauchen wir einen starken und handlungsfähigen Staat. Ein schwacher Staat hilft nur den Starken in der Gesellschaft und lässt die anderen alleine zurück.

Wir werden Kriminalität und Gewaltbereitschaft weiter zurückdrängen. Dazu brauchen wir ein Bündel unterschiedlichster Maßnahmen. Das beginnt bei der Vorbeugung von Kriminalität und erfordert eine starke Sozial- und Jugendarbeit. Bei begangenen Straftaten müssen Verfahren unmittelbar aufgenommen werden. Die Bestrafung muss schnell im Zusammenhang mit der Tat erfolgen. Hierfür brauchen wir zuverlässige und gut ausgestattete Strafverfolgungsbehörden und Gerichte. Den mit dem Pakt für den Rechtsstaat eingeschlagenen Weg müssen die Länder fortsetzen. Ebenso wichtig ist ein gesellschaftliches Klima, in dem sich alle gegenüber Gewalt und Kriminalität entschieden abgrenzen. Die Arbeit von Polizei und Justiz ist in unserem Rechtsstaat ein zentraler Baustein. Sie sorgt dafür, dass Menschen geschützt werden und dass die Regeln unseres Zusammenlebens eingehalten werden. Die Polizei ist für uns ein starker Partner, den wir stärken und in seiner Arbeit unterstützen. Unsere Polizistinnen und Polizisten riskieren Tag für Tag ihr Leben für unseren Staat und dem zollen wir hohe Anerkennung und Respekt. Sie erwarten zu Recht, dass auch wir sie schützen.

Gute Innenpolitik trägt auch Verantwortung für den Bevölkerungsschutz. Dies gilt auch bei nationalen Krisensituationen und schweren Terrorangriffen. Bei länderübergreifenden, nationalen Krisen braucht es einsatzbereite und koordinierende Sicherheitsbehörden auf Bundesebene, die Hand in Hand mit den Landesbehörden agieren.

Innenpolitik ist auch – aber eben nicht nur – Innere Sicherheit. Sozialdemokratische Innenpolitik sorgt für eine stabile Demokratie und gelingende Integration. Integration bedeutet für uns gutes Zusammenleben und Politik für alle. Unser Grundgesetz dient uns dabei als gemeinsames Wertefundament. An vielen Stellen hat das bisher sehr gut geklappt. Wir müssen aber auch unbequeme Wahrheiten benennen: In einigen wenigen Teilen der Bevölkerung ist die Integration nicht gelungen, in anderen haben sich Menschen von der Demokratie entfernt. Staat und Demokratie werden abgelehnt, Frust und Unzufriedenheiten nehmen zu, Parallelgesellschaften entstehen. Und das unabhängig von der Herkunft der Einzelnen. Hier gilt es, Ursachen zu benennen und offensiv gegenzusteuern.

Hass und Hetze und einem wachsenden Extremismus stellen wir uns auf allen Ebenen und in allen Teilen der Gesellschaft entschlossen entgegen. Eine gute Innenpolitik ist Grundlage für unser demokratisches und gesellschaftliches Miteinander.

1. Wir werden Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus und Rassismus in allen gesellschaftlichen wie auch staatlichen Ebenen und in Institutionen zurückdrängen. Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir neue Möglichkeiten schaffen, unsere Demokratie zu stärken. Wer Hass und Gewalt erfährt, braucht unseren Rückhalt. Radikalisierung jeglicher Ausprägung wollen wir präventiv verhindern. Von zentraler Bedeutung ist dabei, dass wir konsequent gegen Hass und Hetze, gerade auch im Netz, vorgehen. Menschen und Organisationen, die sich gegen Rechts und für unsere demokratische Gesellschaft und für die Opfer von Hass und Gewalt engagieren, werden wir verlässlich und dauerhaft unterstützen.
2. Alle Angestellten des Öffentlichen Dienstes – insbesondere Angestellte der Justiz, Polizei- und Sicherheitsbehörden – müssen in Aus- und Weiterbildungen noch intensiver sensibilisiert werden, damit diskriminierendes Verhalten unterbleibt. Damit wollen wir sicherstellen, dass jede*r Bürger*in im Umgang mit staatlichen Behörden gleich und fair behandelt wird.
3. Eine lebendige Demokratie braucht aktive Bürgerinnen und Bürger. Wer mitentscheiden kann, hat mehr Ansporn sich einzubringen. Wir wollen eine frühe Beteiligung der Bevölkerung an Planungsprozessen und mehr Elemente direkter Demokratie und Mitbestimmung verankern. Zudem setzen wir uns weiterhin für ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige ein.

** In Planung: Positionspapier der AG Demokratie: „Potenziale nutzen, Fallstricke vermeiden – Sozialdemokratische Impulse zu Beteiligungsräten auf Bundesebene anlässlich der Einberufung eines „Bürgerrats“ unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten.“*

4. Wir wollen erreichen, dass die Größe des Bundestags bei künftigen Wahlen die Regelgröße von 598 Mandaten nicht wesentlich überschreitet. Wir wollen das Wahlrecht so verändern, dass die verhältnismäßige Abbildung der Wählerstimmen in der Volksvertretung erhalten bleibt und die gleichmäßige Repräsentanz von Frauen und Männern im Parlament gewährleistet wird.
5. Gegen die Feinde unserer Demokratie gehen wir weiterhin entschlossen vor. Mit dem neuen Waffenrecht haben wir mit der Entwaffnung von Extremisten und Demokratiefeinden begonnen. Das werden wir konsequent fortführen. Verfassungsfeindliche Organisationen werden wir, wo das möglich ist, verbieten. Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden werden wir konsequent aus dem Dienst entfernen.
6. Öffentlicher Raum muss für alle jederzeit ohne Angst genutzt werden können. Das muss bereits bei der Planung und Ausgestaltung solcher Räume beachtet werden. An ausgewählten Kriminalitätsschwerpunkten kann auch der Einsatz von Videoüberwachung zusätzliche Sicherheit bieten. Dies gilt besonders an Stellen, an denen die Polizei dann zeitnah eingreifen kann.

** In Planung Positionspapier „Innere Sicherheit“ und Sicherheitskonferenz*

7. Die beste Kriminalitätsbekämpfung ist es, Straftaten von vorne herein zu verhindern. Wir brauchen einen Überblick über tatsächliche Kriminalitätstrends, um gezielt dagegen vorzugehen. Dafür wollen wir den von uns eingeführten Periodischen Sicherheitsbericht wieder regelmäßig erarbeiten lassen. Wir brauchen auch eine verbesserte Gesamtübersicht über Gewalt gegen Frauen und Kinder. Die Prävention, der Opferschutz und die effektive Strafverfolgung von Gewalt gegen Frauen und Kinder muss auch Bestandteil polizeilicher Aus- und Fortbildungen werden. Ein uns unterstützendes Instrument ist das Nationale Zentrum Kriminalprävention, das wir ausbauen wollen.

** In Planung Positionspapier „Innere Sicherheit“ und Sicherheitskonferenz*

8. Bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität geht es ganz besonders um die Durchsetzung unseres Rechtsstaates. Um kriminelle Strukturen aufzulösen, setzen wir auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Europol wollen wir stärken. Rechtsfreie Zonen dulden wir nicht.

** In Planung Positionspapier „Innere Sicherheit“ und Sicherheitskonferenz*

9. Strafverfolgungsbehörden, Justiz und auch die Nachrichtendienste müssen mit der technischen Entwicklung Schritt halten können. Deshalb müssen wir die technische und personelle Ausstattung und Kompetenz sicherstellen. In den letzten Jahren haben wir die notwendigen Befugnisse auf die Anforderungen der digitalen Welt angepasst. Im Sinne der vom Bundesverfassungsgericht angemahnten, bislang nie erfolgten Überwachungsgesamtschau müssen wir die entstehenden Grundrechtseingriffe in ihrer Gesamtwirkung überprüfen. Das Handeln unserer Nachrichtendienste im In- und Ausland unterstützen wir weiterhin. Die parlamentarische Kontrolle unserer Dienste werden wir überarbeiten und deutlich erweitern.

10. Ausgehend vom aktuellen Vorschlag für ein IT-Sicherheitsgesetz 2.0 wollen wir den Rechtsrahmen für IT-Sicherheit weiterentwickeln, um die Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit digitaler Systeme und Infrastrukturen sicherzustellen. Digitale Sicherheit und analoge Sicherheit sind zunehmend verknüpft. Es ist daher auch eine Frage der öffentlichen Sicherheit, in IT-Sicherheit zu investieren und damit Bürger*innen, Unternehmen und Staat bestmöglich zu schützen. Wir wollen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) als zentrale, unabhängige und vollständig präventiv ausgerichtete Cybersicherheitsbehörde ausbauen.

** Siehe dazu auch: Positionspapier „Vertrauen und Sicherheit im digitalen Zeitalter“*

** Siehe dazu auch: Positionspapier „IT-Sicherheitsgesetz 2.0 muss das digitale Immunsystem stärken“*

11. Die Sicherheitskontrollen an deutschen Flughäfen gehören wieder in staatliche Hand. Wir wollen den Flickenteppich im System der Luftsicherheit beenden und bundeseinheitliche Regelungen ermöglichen. Vor Besteigen eines Flugzeugs muss die Identität aller Reisenden geklärt sein. Den Beschäftigten verschaffen wir bessere Arbeitsbedingungen.
12. Für einen modernen Bevölkerungsschutz nutzen wir konsequent unsere erfolgreichen vorhandenen Strukturen und Expertisen. Nach der Corona-Pandemie gilt es, Defizite zu erfassen, zu debattieren und Verbesserungen umzusetzen. Wir prüfen, welche gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden müssen und ob der Bund bestimmte Kompetenzen übernehmen muss. Diese Diskussion um eine mögliche Verfassungsänderung führen wir mit Augenmaß, Sachverstand und Weitsicht.

** In Planung: „Konzeptpapier Bevölkerungsschutz. Update statt Systemwechsel“*

- 13.** Unser Staat bleibt nur stark mit einem zukunftsfesten Öffentlichen Dienst. Wir schaffen die gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, damit der Staat als Arbeitgeber gegenüber dem privaten Sektor wettbewerbsfähig und attraktiv ist. Moderne Konzepte für Personalgewinnung, Arbeitsstruktur und Digitalisierung sind in vielen Behörden überfällig. Wir müssen die digitale Verwaltung endlich voranbringen und dabei den Datenschutz und die IT-Sicherheit sicherstellen. Wir werden dabei, so immer es geht, auf offenen Code und offene Standards setzen.

** Themenreihe und Fachkonferenz zur Zukunft des Öffentlichen Diensts*

- 14.** Gelingende Integration erfordert, dass wir Ungleichheiten überwinden und echte Chancengleichheit herstellen. Alle Menschen, die in Deutschland leben, müssen die Möglichkeit haben am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Politische und kulturelle Bildung gehört ebenso zu den erforderlichen Maßnahmen wie zum Beispiel die Erlaubnis zu arbeiten oder die Chance auf einen Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz.

** Siehe dazu auch: Positionspapier „Flucht vorbeugen. Migration steuern. Zusammenleben gestalten. - Strategiepapier sozialdemokratischer Innenpolitik im Bereich Flucht, Migration und Integration“*

** Siehe dazu auch: Positionspapier „Politische Bildung und Demokratieförderung in Deutschland“*

- 15.** Deutschland ist ein Einwanderungsland und auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Das beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz und die verbesserte Möglichkeit der Anerkennung ausländischer Ausbildungs- und Berufsabschlüsse sind wichtige Meilensteine, die einen legalen Weg der Zuwanderung nach Deutschland möglich machen. Wir werden die Praxis beobachten und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz bei Bedarf entsprechend weiterentwickeln.

- 16.** In der Flüchtlingspolitik plädieren wir für einen humanitären Realismus, wonach diejenigen, die unseren Schutz brauchen, ihn nach Maßgabe unserer Gesetze erhalten, und diejenigen, die keinen Schutz bekommen, schnell zurückgeführt werden. Für Menschen, die objektiv nicht ausreisen können, brauchen wir Bleiberechtsregelungen, die den Betroffenen Unsicherheiten und Zukunftsängste nehmen. Im Rahmen einer Stichtagsregelung werden wir im Arbeitsmarkt integrierten Geflüchteten ohne Schutzstatus mit ihren Familien einen Übergang ins Zuwanderungsverfahren (Spurwechsel) ermöglichen. Wir brauchen zudem endlich Fortschritte bei der gerechten und solidarischen Verteilung von Geflüchteten in der Europäischen Union.

** Siehe dazu auch: Positionspapier „Menschlich und solidarisch – Ein sozialdemokratischer Weg für das Gemeinsame Europäische Asylsystem“*

- 17.** Wir setzen uns für Religionsfreiheit aller Menschen ein, was verlangt, dass alle nach ihrer Religion leben oder auch frei von Religion leben können sollen und beides im Sinne eines guten Zusammenlebens im Alltag miteinander verhandelt werden muss.

- 18.** In Deutschland lebende Minderheiten haben eigene Rechte und genießen unseren besonderen Schutz. Wir engagieren uns dafür, diesen Schutz und die Förderung von Minderheiten mit gemeinsamen, verbindlichen Standards im Rahmen der Europäischen Union zu verankern.

19. Menschen sollen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität frei und sicher leben können. Wir wollen das Transsexuellengesetz grundlegend reformieren beziehungsweise gesetzliche Alternativen dazu entwickeln. Intergeschlechtliche und transgeschlechtliche Menschen haben das Recht, selbst über ihr Leben bestimmen zu können. Das betrifft medizinische, gesundheitliche, soziale und rechtliche Aspekte.